

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 10 | 29. April bis 19. Mai 2019

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

EU-Mitgliedstaaten gegen mehr Rechte für Bahnpassagiere

Die Arbeitsgruppe „Landverkehr“ des EU-Ministerrats hat am 14. Mai 2019 einen Kompromisstext des rumänischen Ratsvorsitzes zur Verordnung über die Rechte und Pflichten der Bahnpassagiere erörtert. Dieser sieht eine Beibehaltung der bisher geltenden Regelungen für Entschädigungszahlungen vor. Dies bedeutet, dass bei Verspätungen zwischen einer und zwei Stunden ein Viertel des Fahrpreises zu erstatten ist. Offen bleibt, ob die EU-Mitgliedstaaten, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, Entschädigungsleistungen im Falle von „höherer Gewalt“ wie etwa bei Sturmschäden, aber auch bei „durch Dritte“ verursachten Verspätungen ausschließen möchten.

Die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten sahen am 14. Mai 2019 in der Ratsarbeitsgruppe weiteren Beratungsbedarf hinsichtlich einer Fortgeltung von Ausnahmen nach der geltenden Verordnung, hinsichtlich der Ausnahmen für Stadt- und Regionalverkehr und hinsichtlich der Verpflichtungen für Service (etwa für Behinderte) sowie das Beschwerdeverfahren.

„Die Deutsche Bahn hat nach wie vor Zuverlässigkeitsprobleme. Zu diesem Zeitpunkt auch nur über die Absenkung der Bahngastrechte nachzudenken, wäre fatal. Die Bundesregierung muss sich auf Brüsseler Ebene für ein hohes Schutzniveau für Bahnkunden einsetzen. Gleichzeitig muss sie auch dafür Sorge tragen, dass sich die Bahnkunden wieder auf die Deutsche Bahn verlassen können,“ sagt Klaus Müller, Vorstand des vzbv.

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9333-2019-INIT/en/pdf>

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/sicherheit-bei-verspaetung-und-zugausfaellen>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. EU-Kommission erreicht Senkung der Interbankenentgelte von Mastercard und Visa

Die EU-Kommission hat am 29. April 2019 die Verpflichtungsangebote von Mastercard und Visa nach den EU-Kartellvorschriften für rechtlich bindend erklärt. Die Unternehmen werden ihre multilateralen Interbankenentgelte für Zahlungen, die im Europäischen Wirtschaftsraum mit außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums ausgegebenen Verbraucherkarten getätigt werden, erheblich senken (durchschnittlich um rund 40 Prozent).

https://ec.europa.eu/germany/news/20190429-mastercard-und-visa_de

2. EU-Versicherungsaufsicht gibt Empfehlungen zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung EIOPA hat der EU-Kommission am 30. April 2019 eine Technische Empfehlung zur möglichen Integration von Nachhaltigkeitsrisiken und -faktoren in delegierte Rechtsakte unter der Solvabilitätsrichtlinie für Versicherungen und unter der Versicherungsvertriebsrichtlinie gegeben. Die Änderungsvorschläge zielen darauf ab, Nachhaltigkeitsrisiken in der Kapitalanlage und bei der Deckung von Risiken zu identifizieren und zu bewerten. Versicherungsunternehmen sollten außerdem Nachhaltigkeitsrisiken und -faktoren in ihrer internen Organisation, insbesondere beim Umgang mit Interessenkonflikten, beachten. Diese könnten daraus resultieren, dass die Kunden nicht nur finanzielle Ziele verfolgten, sondern für sich selbst Nachhaltigkeits-Präferenzen entwickelt hätten. Zudem sollten Versicherungsunternehmen Nachhaltigkeitsfaktoren bei der Zielmarktbestimmung berücksichtigen.

<https://eiopa.europa.eu/Pages/News/EIOPA-submits-advice-on-Sustainable-Finance-to-the-European-Commission-.aspx>

https://eiopa.europa.eu/Publications/EIOPA-BoS-19-172_Final_Report_Technical_advice_for_the_integration_of_sustainability_risks_and_factors.pdf

3. EU-Börsenaufsicht unterbreitet Vorschläge für nachhaltiges Finanzwesen

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA hat am 3. Mai 2019 ihre Technische Empfehlung zu nachhaltigem Finanzwesen an die EU-Kommission veröffentlicht. Die Vorschläge beziehen sich einerseits auf die Integration von Nachhaltigkeitsrisiken und -aspekten in die zweite europäische Finanzmarktrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive II – MiFID II) und andererseits auf die Implementierung von Nachhaltigkeitsaspekten in europäische Regelwerke für Investmentfonds. Dies sei vor allem bei der Zielmarktbestimmung von Belang.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-submits-technical-advice-sustainable-finance-european-commission>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Kommission registriert Bürgerinitiative für Nutri-Score

Die EU-Kommission hat am 30. April 2019 beschlossen, die neue Europäische Bürgerinitiative „PRO-NUTRISCORE“ zu registrieren. Mit dieser Europäischen Bürgerinitiative wird die EU-Kommission aufgefordert, „die vereinfachte „Nutri-score“-Kennzeichnung von Lebensmitteln vorzuschreiben, um sicherzustellen, dass die Verbraucher qualitativ hochwertige Nährwertangaben erhalten und ihre Gesundheit geschützt ist.“ Das Nutri-Score-Kennzeichen ähnelt dem für den Energieverbrauch eines Kühlschranks: eine Skala von Grün über gelb nach rot, unterlegt mit Buchstaben von A bis E. Die Initiative ist am 8. Mai 2019 registriert worden. Von da an haben die Organisatoren ein Jahr Zeit, eine Million Unterschriften aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln. Hinter der Initiative stehen sieben europäische Verbraucherorganisationen, darunter der vzbv. Der vzbv setzt sich bereits auf nationaler Ebene für eine einheitliche, farbliche Kennzeichnung auf der Produktvorderseite ein.

„Verbraucherinnen und Verbraucher müssen auf einen Blick erkennen können, wie es um den Nährwert eines Lebensmittels steht. Es muss leichter werden, die gesündere Alternative auszumachen. Das Nutri-Score-Modell ist mit seiner fünffarbigen Skala ein hilfreicher Wegweiser für Verbraucherinnen und Verbraucher“, sagt vzbv-Vorstand Klaus Müller.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190430-Buergerinitiativen_de

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/europaeische-buergerinitiative-fordert-nutri-score>

2. EU-Kommission entwickelt Methodik zur Messung von Lebensmittelabfällen

Die EU-Kommission hat am 6. Mai 2019 eine Methodik zur Messung des Umfangs von Lebensmittelabfällen beschlossen. Derzeit stünden keine ausreichenden Daten zur Lebensmittelverschwendung zur Verfügung. Um diese Wissenslücke zu schließen, will die Kommission die Mitgliedstaaten bei der Quantifizierung der Lebensmittelverschwendung auf jeder Stufe der Lebensmittelversorgungskette unterstützen. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Definition von Lebensmittelabfällen soll die Methodik eine kohärente Überwachung des Ausmaßes der Lebensmittelverschwendung in der gesamten Europäischen Union (EU) gewährleisten. Jährlich gingen etwa 20 Prozent der in der EU erzeugten Lebensmittel verloren oder würden verschwendet. Der delegierte Rechtsakt unterliegt der Prüfung durch die gesetzgebenden Organe und wird dem EU-Parlament und dem EU-Ministerrat bis Ende Juli 2019 übermittelt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190506-kreislaufwirtschaft-lebensmittel_de

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/index.cfm?fuseaction=list&n=10&adv=0&coteld=3&year=2019&number=3211&version=F&dateFrom=&dateTo=&serviceld=&documentType=&title=&titleLanguage=&titleSearch=EXACT&sortBy=NUMBER&sortOrder=DESC>

3. Vitamin-D- und Erucasäure- Anforderungen für Säuglingsanfangsnahrung

Der EU-Ministerrat erhob am 13. Mai 2019 keine Einwände gegen die Delegierte Verordnung der EU-Kommission vom 14. März 2019 im Hinblick auf die Vitamin-D-Anforderungen für Säuglingsanfangsnahrung und die Erucasäure-Anforderungen für Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung. Die EU-Kommission kann diese Verordnung in Kraft setzen, wenn auch das EU-Parlament keine Einwände erhebt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7620-2019-INIT/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8588-2019-INIT/de/pdf>

4. Änderungen bei Höchstgehalten an Rückständen für Pflanzenschutzmittel

Der EU-Ministerrat erhob am 14. Mai 2019 keine Einwände gegen drei Verordnungen der EU-Kommission hinsichtlich der Höchstgehalte an Rückständen in oder auf bestimmten Erzeugnissen.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8034-2019-INIT/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8132-2019-INIT/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8139-2019-INIT/de/pdf>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Online-Plattformen bemühen sich um Bekämpfung von Desinformation

Die EU-Kommission hat am 17. Mai 2019 die Berichte und Analysen der im April 2019 von Facebook, Google und Twitter erzielten Fortschritte im Kampf gegen Desinformation veröffentlicht. Die Kommission erkennt die Bemühungen der Plattformen vor den Europawahlen an, fordert aber eine Vorlage detaillierterer Daten, aus denen der Beitrag der Plattformen im Kampf gegen Desinformation hervorgeht.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190517-verhaltenskodex-gegen-desinformation_de

2. Niedrigere Gebühren für Auslandsgespräche in Europa

Seit dem 15. Mai 2019 gelten neue Preisobergrenzen für alle Anrufe und SMS ins EU-Ausland: Verbraucher, die von ihrem Land aus in ein anderes EU-Land telefonieren, zahlen somit einen Höchstbetrag von 19 Cent pro Gesprächsminute (zuzüglich Mehrwertsteuer) und sechs Cent pro SMS-Nachricht (zuzüglich Mehrwertsteuer). Telekommunikationsbetreiber in der gesamten Europäischen Union müssen die Verbraucher über die neuen Preisobergrenzen informieren. Die Vorschriften gelten seit dem 15. Mai 2019 in allen 28 EU-Ländern und bald auch in Norwegen, Island und Liechtenstein.

„Überteuerte Anrufe und SMS aus dem deutschen Netz ins EU-Ausland gehören bald der Vergangenheit an“, sagt Susanne Blohm, Referentin des Teams Digitales und Medien beim vzbv. „Preise sollten nicht davon abhängen, ob ein Dienst im Inland erbracht wird, oder eine Grenze überschreitet.“

https://ec.europa.eu/germany/news/20190513-telefonate-eu-ausland_de.

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/telefonieren-ins-eu-ausland-wird-preiswerter>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Kommission konsultiert zur Vereinheitlichung von Ladegeräten für Handys

Die EU-Kommission hat am 14. Mai 2019 eine öffentliche Konsultation hinsichtlich der Vereinheitlichung von Ladegeräten für Handys gestartet. Mit dieser Konsultation sollen Fakten und Meinungen zur aktuellen Situation hinsichtlich Ladegeräten für Mobiltelefone und andere tragbare elektronische Geräte eingeholt werden. Die Konsultation soll dazu beitragen, das Problem nach dem Auslaufen der früheren freiwilligen Vereinbarung der Mobiltelefonhersteller zu analysieren und in Erfahrung zu bringen, wie die Interessenträger zur Notwendigkeit von EU-Maßnahmen und deren möglichen Auswirkungen stehen. Angesprochen in der Konsultation sind insbesondere Verbraucher und Verbraucherverbände. Beiträge können bis 6. August 2019 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-6427186/public-consultation_de

2. Kartellbußen in Milliardenhöhe gegen fünf Großbanken

In zwei Vergleichsbeschlüssen hat die EU-Kommission am 16. Mai gegen die Banken Barclays, The Royal Bank of Scotland (RBS), Citigroup, JPMorgan und MUFG Bank (zuvor Bank of Yokyo-Mitsubishi) Geldbußen von insgesamt 1,07 Milliarden Euro wegen der Beteiligung an zwei Kartellen verhängt. Diese beziehen sich auf wettbewerbswidrige Absprachen auf dem Devisenkassamarkt für die folgenden 11 Währungen: Euro, Pfund Sterling, japanischer Yen, Schweizer Franken, US-, kanadischer, neuseeländischer und australischer Dollar sowie dänische, schwedische und norwegische Krone. Devisenkassageschäfte werden am selben Tag zum geltenden Wechselkurs ausgeführt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190516-grossbanken-milliarden-strafe_de

TERMINVORSCHAU

Rat

Sonderausschuss Landwirtschaft (20. Mai 2019)

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020.

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (20. Mai 2019)

Entwurf von Schlussfolgerungen zu digitalisiertem Europa nach 2020; Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit (Stellungnahme des Rechtsdiensts des Rates).

Rat Allgemeine Angelegenheiten (21. Mai 2019)

Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027 (Orientierungsaussprache); Richtlinie zu Einwegkunststoffartikeln; Verordnung zur Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Umweltpolitik.

Ad-hoc-Gruppe „Stärkung der Bankenunion“ (21. Mai 2019)

Europäische Einlagensicherung.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (21. Mai 2019)

Entwurf von Schlussfolgerungen zum Übergang zu sauberer Energie nach 2020.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (21. Mai 2019)

Verordnung ePrivacy; Entwurf von Schlussfolgerungen zu digitalisiertem Europa nach 2020.

Ratsarbeitsgruppe „Luftverkehr“ (21. Mai 2019)

Verordnung über Liste sicherer Fluggesellschaften; Bericht von Sachverständigen über die Zukunft des Einheitlichen Europäischen Luftraums.

Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport (22./23. Mai 2019)

Von der Bekämpfung von Desinformation hin zur Wiederherstellung des Vertrauens der EU-Bürgerinnen und Bürger in die Medien (Orientierungsaussprache); Schlussfolgerungen über den Zugang von Menschen mit Behinderungen zum Sport; Erhöhung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Sport im Europa des 21. Jahrhunderts (Orientierungsaussprache); Übereinkommen des Europarates über die Manipulation von Sportwettkämpfen (Spielabsprachen) – Vorgehensweisen für die EU (Informationen der dänischen Delegation); Energie (ohne Aussprache): Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neu-

fassung); Verordnung über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung); Verordnung zur Gründung der ACER (Neufassung); Verordnung über die Risikovor-sorge im Elektrizitätssektor.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (23. Mai 2019)

Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (23. Mai 2019)

Nachhaltige Finanzierung – Taxonomie.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (24. Mai 2019)

Entwurf von Schlussfolgerungen zu digitalisiertem Europa nach 2020.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (24. Mai 2019)

Verordnung über die Rechte und Pflichten der Bahnpassagiere (Fortschrittsbericht); Verordnung über ePrivacy (Fortschrittsbericht); Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von mikrobieller Resistenz; Richtlinie über Nutzung von Informationen des öffentlichen Sektors.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (27. Mai 2019)

Kraftfahrzeugversicherung.

Rat Wettbewerbsfähigkeit (27./28. Mai 2019)

Informationen des Vorsitzes: Richtlinie zur Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften; Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher; Verordnung über die allgemeine Sicherheit von Fahrzeugen.

Europäisches Parlament

Wegen der Europawahlen (23. bis 26. Mai 2019) findet die nächste Plenartagung erst in der ersten Juliwoche (2. bis 4. Juli 2019) statt. Die Ausschüsse tagen erstmals wieder in der zweiten Juliwoche (8. bis 11. Juli 2019).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (23. Mai 2019)

Erschließung von Synergien zwischen verschiedenen Fahrplänen für eine Kreislaufwirtschaft (Initiativstellungnahme); Strategie für langfristige Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (28. Mai 2019)

Begrenzt gewinnorientierte und sozial ausgerichtete Unternehmen (Initiativtellungnahme).

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-52/18 (23. Mai 2019)

Klärung, an welchem Ort der Verbraucher die im Fernabsatz gekaufte Ware (Partyzelt), die sich später als nicht vertragsgemäß herausstellt, dem Verkäufer zur Herstellung des vertragsgemäßen Zustands zur Verfügung stellen muss.

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T 107/17 (23. Mai 2019)

Schadensersatzklage von verschiedenen Einzelpersonen, Genossenschaftsbanken und einem Unternehmen gegen die Europäische Zentralbank wegen des Zwangsumtauschs griechischer Staatsanleihen.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)